Vermerk: Endabrechnung 11. Sonderprogramm

Anlässlich der Einstellung von XXX bewilligte ich der XXX einen Zuschuss zum Arbeitsentgelt für die Dauer vom XXX bis XXX in Höhe von XXX Prozent des berücksichtigungsfähigen Arbeitsentgelts in Höhe von XXX € monatlich.

Zusätzlich wurde eine Pauschale (20% = XXX €) für die Arbeitgeberanteile am Gesamtsozialversicherungsbeitrag gewährt.

Die Förderung beträgt demnach XXX € monatlich.

Die abrechnungsrelevanten Unterlagen für die Monate XXX bis XXX liegen nun vollständig vor.

Der Zuschuss wird gem. Ziffer III Nr. 3 der Verwaltungsvereinbarung dem tatsächlich monatlich gezahltem Arbeitsentgelt nur angepasst, wenn sich das Arbeitsentgelt verringert. Einmalig gezahltes Arbeitsentgelt ist nicht berücksichtigungsfähig.

Das eingereichte Lohnjournal sowie das Lohnkonto für den o.g. Förderzeitraum weisen keine Sonderzahlungen oder Einmalzahlungen aus, welche bei der Berechnung des Förderanspruchs berücksichtigt werden müssten. Auf den Lohnnachweisen sind zudem keine Auffälligkeiten zu verzeichnen. In jedem Monat wurde der vertraglich vereinbarte Lohn gezahlt.

Der Zuschuss wird entsprechend gemindert, wenn von einer Ausgleichskasse Arbeitsentgelt erstattet wurde.

()Der Arbeitgeber teilte mir schriftlich mit, dass sie der Zahlungspflicht der U1-Umlage (Erstattung   
 nach dem Gesetz über den Ausgleich der Arbeitgeberaufwendungen für Entgeltfortzahlung (AAG))   
 unterliegt.

()Der Arbeitgeber teilte mir schriftlich mit, dass keine Ausgleichszahlungen aus   
 der U1-Umlage (Erstattung nach dem Gesetz über den Ausgleich der Arbeitgeberaufwendungen für   
 Entgeltfortzahlung (AAG)) stattgefunden haben.   
 Ausgleichzahlungen sind daher zu berücksichtigen/ nicht zu berücksichtigen.

Die Arbeitnehmer- und Arbeitgeber-Abgaben zur Sozialversicherung wurden entsprechend auf dem Lohnjournal/der Lohnabrechnung nachgewiesen. Es kann daher davon ausgegangen werden, dass die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteile ordnungsgemäß abgeführt worden sind.

Weiterbeschäftigungserklärung:

()Der Arbeitgeber teilte schriftlich mit, dass eine unbefristete/befristete Weiterbeschäftigung im   
 Unternehmen ab XXX mit XXX Std./Wo. erfolgt.

() Der Arbeitgeber teilte schriftlich mit, dass keine Weiterbeschäftigung im Unternehmen erfolgt.

Die letzte Rate in Höhe von XXX € kann daher voll auf das im Antrag genannte Konto ausgezahlt werden.

Unterschrift